

<b>Vorlage Nr. StVV - V 67/2024</b>		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.10.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

### Empfehlungen des Petitionsausschusses

Der Petitionsausschuss hat am 24. September 2024 in öffentlicher Sitzung nachstehende Eingaben beraten und bittet die Stadtverordnetenversammlung, über die Petition wie empfohlen zu beschließen.

<b><u>Petition i.S. Stop der Rodung des Waldes Tarnowitzer Str. / Rybniker Str. / Lotjeweg</u></b>	
<b>Stellungnahme Petitionsausschuss:</b>	Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petenten eine schriftliche Stellungnahme vom Magistrat (hier: Stadtplanungsamt) eingeholt. In der Sitzung des Petitionsausschusses vom 24. September 2024 erfolgte zudem eine mündliche Stellungnahme von Bürgermeister Neuhoff. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar: Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 1. Dezember 2022 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 506 mehrheitlich beschlossen. Das Grundstück wurde verkauft und die Stadt ist einen rechtsgültigen Vertrag eingegangen. Verfahrensfehler seien, auch durch die eingereichte Petition, nicht ersichtlich. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Petition als erledigt zu erklären.
<b>Beschlussempfehlung:</b>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Petition als erledigt zu erklären.

<b><u>Petition i.S. Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven</u></b>	
<b>Stellungnahme Petitionsausschuss:</b>	Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petenten eine schriftliche Stellungnahme vom Magistrat (hier: Stadtrat Frost) eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar: Seit dem Jahr 2004 sei das „50er-Jahre-Museum“, in der Kirche auf der Carl-Schurz-Kaserne untergebracht. Das Gelände Carl-Schurz-Kaserne befinde sich im Eigentum der Freien Hansestadt Bremen und werde von der BIS vermarktet. Eine originäre Zuständigkeit der Stadt Bremerhaven für die Immobilie, ihre Nutzung und Vermarktung sei nicht gegeben. Das Museum werde von der BIS in der Kirche und in einem Magazingebäude geduldet mit der ausdrücklichen Maßgabe, so lange es keinen Interessenten für die Immobilie gäbe. Seit Januar 2024 sei jedoch ein Interessent für die Kirche vorhanden und der Inhaberin wurde daher zum 30. September 2024 gekündigt.  Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Petition als unbegründet zurückzuweisen, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.
<b>Beschlussempfehlung:</b>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Petition als unbegründet zurückzuweisen.

<b>Petition i.S. Für mehr Kinderärzte in Bremerhaven</b>	
<b>Stellungnahme Petitionsausschuss:</b>	<p>Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petenten eine schriftliche Stellungnahme vom Magistrat (hier: Stadträtin Toense) eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:</p> <p>Die Sicherstellung der ausreichenden vertragsärztlichen Versorgung der Bevölkerung in Bremerhaven sei Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen. Sie habe die vertragsärztliche Versorgung in dem im § 73 Absatz 2 SGB V bezeichneten Umfang sicherzustellen und den Krankenkassen und ihren Verbänden gegenüber die Gewähr dafür zu übernehmen, dass die vertragsärztliche Versorgung den gesetzlichen und vertraglichen Erfordernissen entspreche. Die Kassenärztliche Vereinigungen haben entsprechend den Bedarfsplänen alle geeigneten finanziellen und sonstigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung zu gewährleisten, zu verbessern oder zu fördern.</p> <p>Der Magistrat selbst habe aufgrund der vorherrschenden Rahmenbedingungen nur einen begrenzten Handlungsspielraum, die ärztliche Versorgung in Bremerhaven nachhaltig zu stärken. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024 habe das Dezernat V darüber hinaus Haushaltsmittel für die Ärztegewinnung in Bremerhaven eingeworben. Hierdurch sollen insbesondere Mietkostenzuschüsse für die Neuansiedlung von Ärzt:innen bzw. die ärztliche Ausweitung bestehender Praxen für einen bestimmten Zeitraum gewährt werden können. Initiiert durch das Dezernat V würden seit geraumer Zeit im ambulanten ärztlichen System vielversprechende Bemühungen stattfinden, die ärztlichen Kapazitäten für die U-Untersuchungen in der Stadt Bremerhaven zu erhöhen. Daher sei kurzfristig mit einer Entspannung der Lage zu rechnen. Auch für die Haushaltsaufstellung 2025 werde sich das Dezernat V um entsprechende Haushaltsmittel bemühen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Petitionsausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Petition als unbegründet zurückzuweisen.</p>
<b>Beschlussempfehlung:</b>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Petition als unbegründet zurückzuweisen.

### **Beschlussvorschlag**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt entsprechend der Empfehlung des Petitionsausschusses.

T. von Haaren  
Stadtverordnetenvorsteher